

p.A.43.6. - JR/di

Bern, den 15. November 1962

VertraulichAktennotiz**Vertraulich**

Unterredung von Bundesrat Wahlen
mit Botschafter Mohr am 14.11., 16h

Der Departementschef empfängt den deutschen Botschafter auf dessen Wunsch. Dieser knüpft an die Besprechung vom 4. Oktober 1962 an betreffend Finanzierung antikommunistischer Ausstellungen in der Schweiz. Herr Mohr erklärt im Auftrag Bonns folgendes :

1.) Das Auswärtige Amt hat in einem Erlass an sämtliche in Frage kommenden Stellen verfügt, dass weitere Finanzierungen zu stoppen seien. Mohr gibt der Hoffnung Ausdruck, dass inskünftig nun keine Schwierigkeiten mehr entstehen werden.

- 2.) Was die Vergangenheit angeht, ist zu unterscheiden zwischen
- a) den Ausstellungen "Knechtschaft oder Freiheit", "Bern grüsst Berlin" und derjenigen über die Zwangskollektivierung der sowjetischen Besatzungszone. Hiefür sind keine Bundesgelder in die Taschen des Herrn Mössinger geflossen. Dagegen wurde ihm Dokumentationsmaterial (Fotos, Bücher, Broschüren, Zeitungen usw.) direkt zur Verfügung gestellt, und zwar von Seiten einer Institution im gesamtdeutschen Ministerium, die sich "Bonner-Berichte" nennt. Mohr fragt, ob auch solches Material unerwünscht sei. Bundesrat Wahlen erwidert, es gebe darauf keine allgemeingültige Antwort. Es komme darauf an, was für Material und wieviel abgegeben werde.
 - b) der Ausstellung "Berlin - Prüfstein der freien Welt". Hier sei auch Geld bezahlt worden, d.h. man habe die Arbeit Mössingers für die dreisprachige Fassung honoriert.



- 2 -

Eine gewisse Kollusion habe sich daraus ergeben, dass Mössinger gleichzeitig Präsident von "Pro Libertate" und Reklamefachmann sei. Mohr tut immer wieder so, als ob er die Höhe des Betrages, um den es geht, nicht kennte. Dabei ist er über die ganze Angelegenheit bestens im Bild. Er erklärt, die Sache sei seinerzeit von Presseattaché Roemer lanciert worden, der sich an die Herren Alboth und Mörgeli gewandt habe. Der Aufklärungsdienst habe übrigens die finanziellen Abmachungen gekannt. Der deutsche Botschafter will auch nicht recht wissen, wer letzten Endes die Honorare ausbezahlt habe. Er erwähnt die "Bonner-Berichte" als möglichen Geldgeber, obwohl er weiss, dass es "internationales" im Auftrage des Bundespresseamtes war. Erst als ihm der Unterzeichnete das Ergebnis der Nachforschungen unserer Botschaft in Köln mitteilt (vgl. Tgr. Nr. 109 vom 25. Oktober), bequemt sich Mohr zuzugeben, dass das an Mössinger überwiesene Geld aus dem Sonderkredit des Bundespresseamtes "für eine sofortige ausserordentliche Aufklärungsaktion über Berlin und die sowjetische Besatzungszone im Ausland" stammen könnte.

Beiläufig erwähnt M., dass nunmehr die Versetzung Roemers nach Bonn perfekt sei. Es handle sich um eine normale routinemässige Massnahme, nachdem Roemer 8 Jahre hier tätig gewesen sei. Der Nachfolger sei ein Herr Weil, auch Emigrant, bisher 3. Presseemann in Washington; er werde sein Amt bereits am 17. November antreten. Mohr kündigt auch an, dass "Herausgegriffen" sehr bald wieder werde erscheinen können.

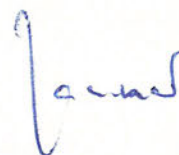
Bundesrat Wahlen gibt der Befürchtung Ausdruck, dass im Zusammenhang mit der Abberufung Roemers auch die Finanzierungsaffäre publik werden könnte. Botschafter Mohr vermag allerdings nicht einzusehen, was die beiden Komplexe

- 3 -

miteinander zu tun haben. Der Unterzeichnete weist auf eine andere Koinzidenz hin, nämlich die sich gegenwärtig auf Wanderschaft befindliche Ausstellung "Knechtschaft oder Freiheit", die, wie seinerzeit die grosse Berlin-Ausstellung, ein Kapitel über die "Vertragstreue" der Sowjetunion enthält, also eine eindeutige Spitze gegen die Sowjets, wogegen diese 1959 scharf protestierten. Der Departementschef erklärt abschliessend, er werde sein Möglichstes tun, um zu verhindern, dass die Finanzierungsgeschichte in der Oeffentlichkeit erörtert wird; allerdings seien seine Möglichkeiten beschränkt.

* * *

Um 18h empfängt Bundesrat Wahlen folgende Journalisten: die Herren Alboth, Mörgeli, Eberhard, Fisch und Faesi (Dr. Rosenberg ist abwesend). Er orientiert kurz über die durch die Versetzung Roemers entstehende Möglichkeit eines Junktims und gibt seiner Sorge Ausdruck über die Folgen einer Veröffentlichung der Finanzierungsangelegenheit. Der Departementschef bittet die Journalisten, die verschiedenen Interessenlagen gegeneinander abzuwägen, wobei er ihnen konzidiert, dass es gerade für sie eine Gewissensfrage beinhalte.



Kopie dieser Notiz geht an die Schweiz. Botschaft Köln